

Eifersucht treibt Verurteilten zur Bluttat in Traiskirchen!

Ein tödlicher Schusswechsel in Traiskirchen, verursacht aus Eifersucht, erfordert umfassende Ermittlungen durch die Polizei.



Nachrichten AG

Industriegebiet von Traiskirchen, Österreich - Am Sonntagmorgen, kurz nach 10:00 Uhr, ereigneten sich im Industriegebiet von Traiskirchen erschütternde Ereignisse. Nach Berichten der **Kleine Zeitung** wurde ein 55-jähriger Imbissstandbesitzer durch Schüsse tödlich verletzt. Eine 25-jährige Angestellte des Lokals erlitt schwere Verletzungen und wurde mit einem Notarzhubschrauber nach Wien ins Krankenhaus geflogen; glücklicherweise befindet sie sich inzwischen außer Lebensgefahr. Allerdings bleibt der Vorfall nicht ohne tragische Folgen: Um 10:12 Uhr fanden Passanten die Leiche eines 66-jährigen Mannes in der Nähe, etwa drei Kilometer vom Tatort entfernt. Neben ihm lag eine Schrotflinte.

Der Tote war ein vorbestrafter Insasse, der sich zum Zeitpunkt der Tat in einem genehmigten Haftausgang aus der Justizanstalt Wiener Neustadt befand. Seine Freiheitsstrafe wäre im Dezember 2023 zu Ende gegangen. Berichten zufolge soll der Mann aus Eifersucht geschossen haben, da er zuvor in einer Beziehung mit der weiblichen Angestellten des Lokals stand. Besonders alarmierend ist, dass gegen den 66-Jährigen bereits seit Februar 1985 ein Waffenverbot bestand, das bis zuletzt gültig war.

Waffenverbot und öffentliche Sicherheit

Das Vorliegen eines Waffenverbots wirft Fragen zur Wirksamkeit der aktuellen Waffengesetzgebung in Österreich auf. Laut der **Website ra-rauf** reicht es für die Verhängung eines Waffenverbots aus, dass „vernünftige Gründe“ vorliegen. Ein Missbrauch von Waffen muss nicht zwingend nachgewiesen werden. Behörden können auch ohne konkrete Vergehen ein Waffenverbot verhängen, wenn dies der öffentlichen Sicherheit dient. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Umstände zum Fall des 66-Jährigen geführt haben, trotz seines langjährigen Verbots in den Besitz einer Waffe zu gelangen.

Ein Waffenverbot hat weitreichende Auswirkungen: Betroffene Personen dürfen keine Waffen, Munition oder dazugehörige Urkunden besitzen oder mit sich führen. Sie haben die Möglichkeit, Entschädigungen bei der Abgabe von Waffen zu beantragen. Sollte jemand versuchen, ein verordnetes Waffenverbot aufheben zu lassen, muss er triftige Gründe präsentieren, die das in der Regel nach fünf Jahren möglich machen.

Gesellschaftliche Auswirkungen und Forderungen

Angesichts der Tragweite solcher Vorfälle fordern immer mehr Menschen in Österreich ein umfassendes Waffenverbot für

Privatpersonen. Laut der **Plattform aufstehn** ist der Zugang zu Schusswaffen in Österreich vergleichsweise einfach, was nach Vorfällen wie dem Amoklauf eines ehemaligen Schülers in Graz, bei dem 11 Menschen ums Leben kamen, zu einem Appell für strengere Waffengesetze führte. Fast 100.000 Menschen schlossen sich diesem Aufruf an.

Während die Diskussion über die Sicherheit in Österreich weitergeht, gibt es unterschiedliche Meinungen über die Notwendigkeit eines Waffenverbots. Kritiker führen an, dass Eigenverantwortung und Präventionsmaßnahmen wie Mobbingprävention genauso wichtig sind. Dennoch betonen Experten, dass der Zugang zu Schusswaffen eine bedeutende Rolle bei Gewalttaten spielt und ein Verbot als notwendig erachtet wird, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.

Das Landeskriminalamt Niederösterreich hat die Ermittlungen aufgenommen und die Tatortgruppe sichert derzeit Spuren. Die Gesellschaft ist aufgefordert, aus diesem erschütternden Vorfall Lehren zu ziehen und über die Notwendigkeit strengerer Waffengesetze nachzudenken.

Details	
Vorfall	Mord/Totschlag
Ursache	Eifersucht
Ort	Industriegebiet von Traiskirchen, Österreich
Verletzte	1
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kleinezeitung.at• ra-rauf.at• www.aufstehn.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at